

Über Entkriminalisierung und Liberalisierung

Zum politischen Einstieg in das neue Jahr trafen sich am 9. Januar etwa 20 Mitglieder und Gäste des Arbeitskreises Soziales in Köln, um über die drogenpolitischen Vorstellungen und Ziele der Partei DIE LINKE. zu diskutieren. Bekanntlich wurden im Grundsatzprogramm der Partei diesbezügliche Beschlüsse formuliert, die aber aufgrund verzerrter medialer Wiedergabe zu einiger Irritation in der Öffentlichkeit führte („Heroin für alle“, u.ä.). Um sich dem Thema nüchtern (sic!) und mit dem gebotenen Sachverstand zu nähern, konnte der Arbeitskreis Frank Tempel, den drogenpolitischen Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag als Referenten begrüßen.

Eingeleitet wurde der Abend von Michael Scheffer, dem Sprecher des Arbeitskreises, der eine kurze Einführung in die Problematik vornahm. Er umriss verschiedene Aspekte, unter denen man sich dem Thema nähern könnte. Konkret benannt wurden die soziale, die gesundheitliche, die medizinisch-therapeutische, die kulturgeschichtliche, sogar die ökologische Ebene. Der Fokus der Veranstaltung sollte aber, so Michael, auf der juristisch-strafrechtlichen, bzw. ordnungspolitischen Ebene liegen. Er verwies abschließend auf die wenigen Vorstöße, welche seitens der Rechtssprechung und Gesetzgebung in der Vergangenheit gemacht wurden. Als Beispiel nannte er den Cannabis-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von 1994, das sogenannte Neskovic-Urteil, welches seinerzeit die „geringe Menge“ sowie den „Eigenbedarf“ eingeführt hatte. Verwiesen wurde auch auf den (letztlich gescheiterten) Versuch der ehemaligen schleswig-holsteinischen Gesundheitsministerin Heide Moser, die Abgabe von Cannabis in Apotheken zu ermöglichen.

Frank Tempel erläuterte in seinem Vortrag detailliert und kenntnisreich, was eine liberale und aufgeklärte Drogenpolitik in Deutschland bedeuten würde. Zunächst beschrieb er die Unzulänglichkeiten der bestehenden repressiven Praxis, welche oftmals die im Zusammenhang mit Drogenkonsum existierenden Probleme de facto verschlimmern, aber keineswegs lösen könnten. Als ehemaliger Polizeibeamter im Vollzug konnte Frank dies mit anschaulichen Beispielen aus der beruflichen Praxis überzeugend illustrieren. So seien unzählige Lebensläufe und Karrierepläne wegen vergleichsweise harmloser Delikte gebrochen worden. Vor dem Hintergrund, dass sich die Menschheit seit sie existiert, berauscht, sei eine akzeptierende Drogenpolitik statt ideologischer Generalverteufelung angemessen. Die Realitäten zu akzeptieren hieße aber keinesfalls, die Gefahren, die mit der Einnahme berauscher Substanzen einhergehen, zu verharmlosen. Im Gegenteil: Frank konnte überzeugend darlegen, dass Aufklärung, Entkriminalisierung und Liberalisierung keinesfalls mit der Propagierung von Drogen gleichzustellen sei. Hilfreich sei es überdies, den „Erkenntnisstand der Fachwelt in die Politik zu übertragen“. Es wurde kritisiert, dass das Betäubungsmittelgesetz dem Wissensstand der Forschung, der Therapie- und Suchtzentren, aber auch der unabhängigen Initiativen und Aktivisten kaum gerecht wird. Es verfestige vielmehr die bestehenden Abhängigkeiten von einem unkontrollierbaren Schwarzmarktsystem mit seinen zahlreichen negativen Begleiterscheinungen (Kriminalität, Verelendung, soziale Isolation, etc.).

Auf diesen Aspekt ging Frank auch in der sich anschließenden lebhaften Diskussion ein. So sei der volkswirtschaftliche Schaden, der durch die strafrechtliche Verfolgung geringer Drogendelikte (inklusive Strafvollzug) entsteht, kaum zu beziffern. Besser wäre es, auf Schadensminimierung und auf den aufgeklärten mündigen Bürger als auf Repression

zu setzen. Untermauert wurde dies durch erfolgversprechende Ansätze aus dem europäischen Ausland. Als positiv bewertet wurden beispielsweise das Schweizer Drugchecking-Modell oder die spanischen „social clubs“ (bitte googlen für Details). Aber auch die hierzulande in vielen Kommunen längst praktizierte kontrollierte Heroinabgabe oder die entsprechenden Möglichkeiten der Substituierung (Methadon, etc.) scheinen in die richtige Richtung zu weisen. Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die praktizierte Drogenpolitik weitgehend gescheitert ist und dass DIE LINKE hier gute Lösungsansätze anbietet und sich dafür nicht verstecken muss. Abschließend muss ferner konstatiert werden, dass an diesem Abend längst nicht alle Fragen beantwortet und alle Aspekte beleuchtet werden konnten. So wurde nach einer überaus erhellenden und ergiebigen Sitzung, eine weitere Veranstaltung zum Thema zu einem gegebenen Zeitpunkt verabredet...



Frank Tempel, MdB



Lecker Kölsch dazu?
Gefunden auf der Zülpicher Straße